

Der Mut zu Schlussfolgerungen.

Was bedeutet der Baseler Bericht?

Der harte Kampf, den in Basel in der Zeit vom 7. bis 29. Dezember ausgefochten ist, hat ein Gutachten ergeben, dessen Charakter bislang unbestimmt geblieben, ja mit Absicht so gehalten ist, weil die in Basel beratenden Sachverständigen angeht die Parteien Divergenz ihrer Ansichten zu dem Entschluß kamen, möglichst nur Tatsachen zu registrieren, die heraus sich ergebenden Schlussfolgerungen jedoch der Konferenz der Regierungen, die man ja nach Möglichkeit noch vor der Abrüstungskonferenz im Februar veranstalten will, zu überlassen.

Nun liegt der Bericht vor. Man möchte es beinahe bebauern, obwohl die gewissenhafte und umfangreiche Arbeit der Sachverständigen hohe Anerkennung verdient. Wären die Verhandlungen um eine Woche später abgeschlossen, so hätte noch eine soeben veröffentlichte Uebersicht des Reichswirtschaftsministeriums über die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands im Jahre 1931 in den Bericht hineingearbeitet werden können. Diese Uebersicht bestätigt die Auffassung, daß die enorme Steigerung der deutschen Ausfuhrüberschüsse in der letzten Hälfte des verflochtenen Jahres eine Sonderkonjunktur im Weltmarkt war, deren Ende voraussehen zu können und durch die Währungsveränderungen in zahlreichen europäischen Ländern, durch die veranfaßten Schutzmaßnahmen noch zahlreicher Länder beschleunigt ist.

Nun, die Reparationskonferenz der Regierungen wird Gelegenheit haben, auch diese Schlussfolgerungen zu ziehen, wie überhaupt auch die Baseler Feststellungen durch die Wucht der unüberleuglichen Tatsache eine Diskussion über Schlussfolgerungen kaum mehr gestatten, sondern ohne weiteres zu Schlussfolgerungen zwingen, die anerkannt werden müssen und denen die Staatsmänner sich fügen müssen, sofern sie Europa nicht lebenden Augen in die vollkommene Katastrophe hinabstürzen wollen. In dieser zwingenden Schicksaligkeit der Baseler Feststellungen liegt wohl auch die Erklärung zu dem Konflikt, zu dem es noch am vorletzten Tage zwischen dem Vertreter Frankreichs, Ribb, und den übrigen Sachverständigen kam. Daß gleichwohl der Sachverständigenbericht 24 Stunden später fertig vorlag, versehen mit sämtlichen Unterschriften, ohne Einsprüche und einseitige Vorbehalte, scheint darauf hinzuweisen, daß in letzter Stunde auch der Franzose sich dem Zwang zur Erkenntnis nicht mehr verschließen hat.

Diese Tatsache gilt als feststehend, denn sie trichtert von vornherein dem Verhalten der Teilnehmer an der Reparationskonferenz der Regierungen das Urteil. Man kann jetzt nicht mehr sagen: Ich halte es für richtig oder falsch, sondern man kann nur sagen: Ich will oder ich will nicht. Zwar verbaut der Sachverständigenbericht nicht unbedingt und so kategorisch, wie man es von Sachverständigen von völlig unpolitischer Einstellung hätte erwarten müssen, den Weg zu einem abermaligen Provisorium. Allein da aus ihm hinreichend deutlich hervorgeht, daß Reparationen und Kriegsschulden an der Katastrophe der Weltwirtschaft schuldig sind, wird man annehmen dürfen, daß sich schließlich die Erkenntnis, eine Neuaufgabe dieser Katastrophe nach vielleicht eintretender Entspannung nicht herbeiführen zu dürfen, doch noch durchsetzen wird.

Die bemerkenswerten Enthaltungen über den wahren Charakter der sogenannten französischen „Kriegsschulden“ an die USA, die die Debatte im amerikanischen Senat gebracht hat, läßt erkennen, daß immer noch Aberglaubungen und grundtätige Ausschüsse in dieser so viel diskutierten Frage möglich sind. Man muß erwarten, daß dieser Punkt bei der Reparationskonferenz mit aller Entschiedenheit zur Sprache gebracht und auf seine Klärung gedrungen wird, wie überhaupt die Frage der effektiven Leistungen Deutschlands den effektiven Kriegsschulden gegenüber endlich nach Möglichkeit geklärt werden müßte.

An Material also für die Reparationskonferenz fehlt es nicht. Die entscheidende Frage ist die, ob es wiederum an Mut fehlen wird, die aus dem Material sich ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen und sich vor den Wölfen dazu zu bekennen. Im großen und ganzen zeigt das Ergebnis der Baseler Sachverständigen-Verhandlungen den Sachverhalt, den man von diesem Stadium erwarten mußte. Es wird sich zeigen, ob die Konferenz der Regierungen den politischen Mut aufbringt, den zu erweilen und in kritischen Zeiten mit besonderer Entschlossenheit zu betätigen, Sache der Staatsmänner ist.

Die Mietsenkung in Sachsen.

Die Sächsische Staatszeitung veröffentlicht eine Bundesdurchführungsverordnung zur Mietentzugsverordnung, aus der sich ein klares Bild über die Gestaltung der Mietentzug in Sachsen ergibt.

Bei den Mietsenkungen, d. h. den bis zum 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Wohnungen, tritt eine Ermäßigung von 10 v. H. der Friedensmiete ein. Ergeben sich Streitigkeiten über die Ermäßigung des Mietzinses, so entscheiden die Amtsgerichte als Mietminderungsämter. Sind in Neubauten bauliche Veränderungen vorgenommen worden, ohne daß dadurch neue Wohnungen geschaffen wurden, so hat das auf die Durchführung der Mietentzug keinen Einfluß. Sind dagegen durch Aus-, Um- und Einbauten nach dem 1. Juli 1918 neue Räume geschaffen worden, so ermäßigt sich der Mietzins vom 1. Januar ab um 5 v. H. der gesetzlichen oder der vereinbarten Miete. Grundmäßig werden also auch diese Wohnungen den Altmietwohnungen gleichgestellt; da jedoch eine Friedensmiete nicht vorhanden ist, muß der entsprechende Prozentsatz von der jetzt geltenden Miete in Abzug gebracht werden.

Schwieriger gestaltet sich die Mietentzug bei den Neubauten. Nach der Reichsnotverordnung ermäßigt sich hier vom 1. Januar ab der Mietzins anteilig um den Betrag, um den die laufende Belastung des Grundstücks nach den Vorschriften über die Zinsentzug ermäßigt wird. Hier ist zunächst zu bemerken, daß allen den Neubauten, die schon jetzt mit nur sechszwanzigprozentigen, erstklassigen Hypotheken belastet sind, eine Zinsentzug und damit eine Mietentzug nicht zuzurechnen ist. Eine Sonderregelung greift Platz bei den sog. Inflationsbauten, d. h. die Neubauten aus der Zeit von 1918 bis 1923. Diese werden ab 1. April 1932 des Vorteiles der zwanzigprozentigen Senkung der Mietzinssteuer teilhaftig. Infolgedessen greift hier, ähnlich wie bei den Altmietwohnungen, eine Mietentzug von 5 v. H. der vereinbarten Miete Platz. Nicht ganz einfach gestaltet sich die Regelung in den Fällen, in denen bei Neubauten von der öffentlichen Hand Miet- oder

Zinszuschüsse gewährt worden sind. Die sächsische Durchführungsvorschrift sieht hier eingehende Bestimmungen vor.

Die Notverordnung und die Durchführungsvorschrift bestimmen ferner, daß gemeinnützige Wohnungsunternehmungen berechtigt und verpflichtet sind, unbeschadet des Grundgesetzes einer möglichst allgemeinen Mietermäßigung, eine weitgehende Angleichung der Mietzinsen vergleichbarer Wohnungen bei ihrem Gesamtwohnungsbestande vorzunehmen. Mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse in Sachsen soll diese Mietangleichung bei Neubauten überhaupt nicht stattfinden. Bei den anderen Bauten kann von einer Mietangleichung abgesehen werden, wenn sich bei ihrer Durchführung praktische Schwierigkeiten ergeben.

Beim Mietsenkung wird sich die Mietentzug verhältnismäßig einfach vollziehen. Bei den Neubauten dagegen wird es in vielen Fällen erst eingehender Klärung über die Frage der Zinsentzug bedürfen. Es wird sich daher vielfach nicht vermeiden lassen, gemäß der Reichsdurchführungsverordnung den Mietern zunächst eine vorläufige Mitteilung über den zu zahlenden Mietzins zugehen zu lassen. Es muß dann aber mit allem Nachdruck dahingestrichelt werden, daß der endgültig errechnete Mietzins bis zum 25. Januar 1932 mitgeteilt werden kann, wie es die Reichsdurchführungsverordnung vorsieht.

Eine weitere Verordnung über Umlegung von Betriebskosten bestimmt, daß der Vermieter, wenn in einer Gemeinde der Gesamtbetrag der zu den Betriebskosten gehörigen öffentlichen Steuern, Gebühren und Abgaben nach dem 1. Oktober 1931 gestiegen ist oder in Zukunft steigt, berechtigt sein soll, die Erhöhung auf der in Zukunft nach dem Verhältnis der Friedensmieten in Hundertteilen umzulegen. Den Hundertteil hat die Gemeindebehörde allgemein zu bestimmen. Die Erhöhung darf 5 v. H. der Friedensmiete nicht übersteigen.

Das Chaos der Staatshaushalte.

Wie steht es mit den Staatshaushalten der großen Mächte?

Das deutsche Volk mag sich mit der Tatsache trösten, daß nicht nur im eigenen Staatshaushalt in der letzten Zeit Fehlbeträge entstanden sind, die alles Maß überschreiten. Das Chaos im Staatshaushalt ist bei allen großen Mächten eine bekannte Erscheinung geworden. Mit Fehlbeträgen müssen heute fast alle Staaten rechnen. In diesem Zusammenhang ist eine Statistik außerordentlich interessant, die der französische „Ergelkor“ dieser Tage über die Höhe der Defizite im Staatshaushalt der verschiedenen Länder aufstellt.

Bedauerlich ist nur, daß auch die Exzeßiv-Statistik noch nicht den neuesten Stand der Internationalen der Defizite wiedergibt. Die meisten Staaten schließen ihr Haushaltsjahr am 31. März ab. Aus diesem Grunde kann man vorläufig eine verlässliche Zahlenübersicht nur für den 31. März 1931 angeben. Inzwischen hat die zunehmende Weltwirtschaftskrise das Chaos der Staatshaushalte überall nur noch verstärkt. Aber auch am 31. März waren es nur einige kleinere Staaten, wie Holland, Dänemark, Jugoslawien und die Schweiz, die mit einem Überschub in den Staatshaushalten abschloßen. Alle übrigen Staaten müssen ein mehr oder minder ansehnliches Defizit für das abgelaufene Rechnungsjahr beklagen.

An der Spitze der Statistik der Defizite rangiert selbstverständlich Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in ihrem Staatshaushalt ein Defizit von 2,1 Milliarden Francs (die Statistik rechnet mit französischer Währung; auf eine Reichsmark kommen immer 5 französische Francs) aufzuweisen. An zweiter Stelle steht allerdings schon Deutschland mit einem Defizit von 1,865 Milliarden Francs. Wir brauchen über den deutschen Fehlbetrag nicht viel Worte zu verlieren, sondern können sogleich zu den anderen Fehlbetragländern übergehen. Gleich hinter Deutschland steht England mit einem Fehlbetrag von 1,8 Milliarden Fr. Es folgen Frankreich mit 2,2, Kanada mit 1,92, Britisch-Indien mit 1,77, Italien mit 1,85, Dänemark

mit 0,96, Belgien mit 0,84 und Ungarn mit 0,07 Milliarden Francs. Alles das sind die Staaten, die mit der Weltwirtschaftskrise am schwersten zu kämpfen haben. Man muß sich bedauern, daß die Sowjetunion in der Defizitliste des „Ergelkor“ nicht vertreten ist.

Trotzdem haben die Staatshaushalte in den meisten Ländern schon am Ende des letzten Haushaltsjahres aus. Wie wird sich die Lage der allgemeinen Staatshaushalte erst bis zum 31. März 1932, den Abschluß des nächsten Haushaltsjahres, gestalten? Die Zahlen, die hier angegeben sind, werden dann durch die Umwälzung bereits überholt sein. Für Deutschland mag es aber wenigstens eine Art Trost bieten, daß fast alle Staaten in Europa und jenseits des Ozeans über die wachsende Last der Defizite klagen.

Wahlrechtsanfrage des Papstes.

Rom. In der Wahlrechtsanfrage, die der Papst im renovierten Konsistorienaal auf die Wahlrechtsfrage des Kardinalkollegiums hielt, gebrauchte Pius XI. mit bewegtem Wortes der Ober an Menschenleben bei dem Einsturz der alten Sakramentaltheologie. In seinem Rückblick auf das ablaufende Jahr erwähnte der Papst zunächst von Rom mit der katholischen Mission, bei dem schließlich der Sinn für Gerechtigkeit und Frieden sich durchzusetzen habe. Er sprach ferner von keiner Sorgenlosigkeit wegen der Lage der katholischen Kirche in Rußland, Mexiko und Spanien und freute dann die Weltwirtschaftskrise, die sich auf Handel, Industrie und Finanzen gleichmäßig auswirkte und zu Arbeits- und Arbeitslosigkeit führte. Nach einem Hinweis darauf, daß er selbst zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit 8000 Arbeiter zum Teil für durchaus nicht dringend notwendige Arbeiten beschäftige, erinnerte der Papst an erfreuliche Ereignisse in der katholischen Kirche, so an die Eröffnung der Radiostation des Vatikan und die päpstliche Radiobotschaft, ferner an die Marien-Jahresfeier der Gnusilla Leos XIII. „Merum Probarum“ und an die bevorstehende Weltausstellung Alberts des Großen und seine Erhebung zum Kirchen-

Hoch klingt das Lied der Qualität!



Ingenieur in Bulgarien, dem Ursprungslande der Qualität-Tabake, wurde die hervorragende Leistung der Bulgaren anerkannt. Der König von Bulgarien ernannte ihn zum Hofrat.

Bulgaria-Raucher sind wählerisch. Sonst wären sie nicht Raucher unserer Marken.

Sie wissen, daß Bulgaria-Zigaretten eine hervorragende Sonderstellung einnehmen.

Ihr beherrschendes Merkmal sind die über alle Länder der Erde bekannten Djebel-Tabake.

Das ist kostbarer Tabak, für den auch Sie 5 Pfennige übrig haben.

Bulgaria Krone 5 Pfg.

aus den weltberühmten, bulgarischen Edel-Tabaken

Die neuen Fahnenbilder „Außereuropäische Staaten“ (Bild 201—400) liegen jetzt in allen Packungen unserer Bulgaria Krone und Edel-Bulgaren von 10 Stück an.

Münch vom Jura in Bild und Wort.

Von links nach rechts:

Der Preisüberwachungskommissar für Bayern.
Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat im Einverständnis mit der bayerischen Staatsregierung den Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Dr. Zahn, zu seinem bevollmächtigten Beauftragten für das Land Bayern ernannt.

Jam Gedenken an Peter Christian Wilhelm Beuth, der vor 150 Jahren — am 28. Dezember 1781 — in Krieger geboren wurde. Beuth ist der Gründer des Gewerbeinstituts in Berlin, aus dem sich später die Technischen Hochschulen entwickelten.

25jähriges Ordinationsjubiläum.
Der Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dr. Otto Dibelius, begeht in diesen Tagen sein 25jähriges Ordinationsjubiläum. Er wurde 1921 in den Oberkirchenrat berufen, sein jetziges Amt übernahm er 1925.



Der Steckbrief der Natur.
Im preussischen Polizeiamt in Berlin werden die Polizeibeamten in einem besonderen Kursus auf das Unterscheiden und Erkennen von einzelnen Fingerabdrücken ausgebildet, da diese Wissenschaft zu den wichtigsten Hilfsmitteln der Kriminalpolizei gehört. Links:

ein Fingerabdruck wird an eine weiße Fläche projiziert. Der Schüler muß ihn genau im Gedächtnis behalten, um ihn später (rechts) aus einer großen Anzahl von Fingerabdrücken wiederzuerkennen. Bekanntlich ist der Fingerabdruck das untrügliche Mittel zur Personenfeststellung.



Die gute alte Postkutsche lebt noch.
Trotz Eisenbahn und Auto gibt es auch heute noch so manchen stillen Flecken im Gebirge, wo die Postkutsche noch immer treu und redlich ihren Dienst verrichtet.



Das größte Pferd der Welt.
In England hat man jetzt diesen Riesengaul entdeckt, der erst drei Jahre alt ist und der wohl als das größte Pferd der Welt angesprochen werden kann.



„Eher geht ein Kamel . . .“
Eine besonders originelle Werbung wird gegenwärtig von den Geschäftslenten des Münchener Stadtteils Schwabing durchgeführt: Sie lassen ein Kamel durch die Straßen ziehen, das ein Schild trägt mit der Aufschrift: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Schwabinger in die Stadt zum Einkaufen.“ Sie wollen damit die Schwabinger veranlassen, in Schwabing, nicht aber in der Stadt einzukaufen.



Meister der Reitkunst.
In der Reitschule von Tor di Quinto in Rom, einer der berühmtesten Europas, fanden jetzt die üblichen Jahresprüfungen der Offiziere statt, die an Mann und Tier die allerhöchsten Anforderungen stellen.



141 Siege in einem Jahre!
Der junge bayerische Fahrer Epies hat jetzt den von Charlie Mills im Jahre 1928 aufgestellten Rekord von 140 Siegen überboten: er holte sich beim Winter-Trabrennen in Hamburg-Harfen seinen 141. Sieg, eine Leistung, die vielleicht erst wieder in Jahren erreicht wird.



Ganz von Deutschland geht nach Amerika.
Der erfolgreiche deutsche Autorennfahrer und Europa-Dreigewinner Hans v. Suda begibt sich in nächster Zeit auf eine längere Amerikareise, die voraussichtlich zwei Jahre dauern wird. Er wird zunächst am Rennen um den Großen Preis von Argentinien über 1500 Kilometer teilnehmen und sich dann nach kleineren Rennen in Brasilien und Chile am Rennen um den berühmten Preis von Indianapolis in Nordamerika beteiligen.

